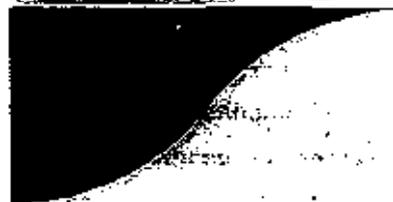


Sozialdemokratischer PresseDienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 36/39
Telex: 68 86 846-48 pbbn d



Inhalt

32. Jahrgang / 247

27. Dezember 1977

Willy Brandt: Die Sozialdemokraten haben sich 1977 als eine in der Regierungsverantwortung gereifte Partei ausgewiesen.

Seite 1-3

Helmut Rothemund wirft Strauß vor, Bayern für seine ehrgeizigen Ziele mißbrauchen zu wollen.

Seite 4

Heinrich Klein MdB: Sportjugend kann 1978 mit höheren Zuwendungen rechnen.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
PresseDienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

Keine Alternative zur sozial-liberalen Koalition

Bundesrepublik braucht eine starke und geschlossene SPD

Von Willy Brandt

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

1977 war ein Jahr großer Herausforderungen an alle, nicht zuletzt an uns Sozialdemokraten. Wir standen vor der Gefahr von Rückschlägen, im Inneren ebenso wie im Äußeren. Es ist keine Selbstverständlichkeit, daß Liberalität, Weltoffenheit und die Grundlagen für die Fortsetzung unserer Friedenspolitik alles in allem bewahrt werden konnten. Daß dies geleistet wurde, bestätigt: Es gibt keine vernünftige Alternative zur sozial-liberalen Koalition in Bonn.

Wer über die Rolle der Bundesrepublik Deutschland in der Welt nachdenkt, kommt nicht an dem Tatbestand vorbei, daß die Belastungen durch die jüngste deutsche Geschichte nicht nur bei unseren unmittelbaren Nachbarn immer noch sehr gegenwärtig sind. Die Folge ist, daß an die Entwicklung in der Bundesrepublik häufig ein schärferer Maßstab angelegt wird, als es uns gerecht oder angemessen erscheinen mag. Dennoch: Dies ist ein Faktor, den wir nicht übersehen dürfen.

Mein Wort, daß ein guter Deutscher kein Nationalist sein kann, bedarf vielleicht der Ergänzung. Und daher sage ich: Ein guter Patriot muß "Internationalist" sein. Denn es gibt fast kein nationales Problem, das nicht international verursacht ist oder beeinflusst wird. Diese Einsicht ist in den letzten Jahren vielen Menschen bewußter geworden. Die Mehrheit unseres Volkes scheint manchmal besser als manche Superkritiker zu verstehen, daß wir durch nationale Alleingänge die weltpolitische Entwicklung nicht zu unseren Gunsten verändern und unsere wichtigsten Probleme nicht lösen können. Das reicht von Terrorismus bis zur Arbeitslosigkeit.

Wer das Gegenteil predigt, würde an die Stelle der politischen Vernunft eine Politik des Abenteuers setzen. Nur eine Poli-

tik der Vernunft kann helfen, daß der Frieden sicherer wird und Menschenrechte praktisch verwirklicht werden.

Aufgabe deutscher Politik im europäischen und internationalen Zusammenhang ist es, an übergreifenden Lösungen mitzuwirken, sie anzuregen und herbeiführen zu helfen. Der sozialdemokratische Bundeskanzler hat hierbei, auch durch seine Auslandsbesuche, wichtige Weichenstellungen vornehmen helfen können. Zusätzlich hat die SPD ihr internationales Ansehen für die gemeinsame Sache eingesetzt.

Leider haben einige Reisen führender Vertreter der CSU und CDU, zumal solche nach Südamerika und Lateinamerika, Mißtrauen entstehen lassen. Solches Mißtrauen trifft nicht nur diejenigen, die draußen unverantwortlich reden, sondern es trifft unseren Staat und unser Volk insgesamt. Dies gilt auch für manche Übersteigerungen, wie sie vor allem zum Thema der inneren Sicherheit den notwendigen politischen Meinungsstreit unnötig belasten.

Im zu Ende gehenden Jahr bestand für die Bundesrepublik Deutschland in mancherlei Hinsicht die Gefahr eines Rückschlags mit der Neigung zur Geistfeindlichkeit und provinziellen Denken. Diese Gefährdungen wurden gestärkt durch den Zustand einer Opposition, die so sehr mit sich selbst beschäftigt war, daß sie wenig an alternativen Vorschlägen beizusteuern vermochte. Das "Nein" und die Mobilisierung von Unlust blieben allzu oft der kleinste gemeinsame Nenner. Wenn es tatsächlich so etwas wie Parteilerverdrossenheit gibt, dann ist sie durch die Politik der tonangebenden Unionskreise gewiß nicht vermindert worden.

Die junge deutsche Nachkriegsdemokratie hatte 1977 eine Prüfung zu bestehen, die mehr abforderte als den Beweis, daß die staatlichen Organe funktionieren. Die weltweite terroristische Seuche, in Sonderheit ihre deutsche Ausprägung, hat mit ihren Untaten die Gefahr eines spürbaren Einschnitts in die Entwicklung unserer Republik mit sich gebracht. Insoweit ging es im abgelaufenen Jahr auch darum, zu verhindern,

daß die Balance zwischen dem Bedürfnis nach innerer Sicherheit und der Forderung nach staatsbürgerlicher Freiheit gestört wurde. Dies ist gelungen.

Noch nicht gelöst wurde das uns bedrängende Problem der Arbeitslosigkeit. Gerade hier zeigt sich die internationale Abhängigkeit. Die Bundesregierung hat wichtige Weichen gestellt. Auch im neuen Jahr muß alles Mögliche getan werden, um neue Arbeitsplätze bereitzustellen und bestehende zu sichern. Die Verantwortlichen und Beteiligten sind gut beraten, wie sie allem, was mit der beruflichen Bildung der Jugend und mit deren künftiger Beschäftigung zu tun hat, ihre verstärkte Aufmerksamkeit zuwenden.

Die SPD hat dieses Jahr nicht schlecht genutzt. Trotz erkennbarer Formschwächen zu Anfang des Jahres, haben die deutschen Sozialdemokraten Boden gutgemacht und neues Vertrauen begründet. Wir waren dabei gezwungen, die Grenzlinien unserer Grundsätze an verschiedenen Punkten noch einmal deutlich zu machen und uns von einigen Aussenseitern zu trennen, die diese Grenzen zu verwischen suchten.

Unsere Bereitschaft zum Dialog mit allen Gruppen der Gesellschaft ist bemerkt und anerkannt worden. Zu einigen der großen Probleme, wie der Energie- und Beschäftigungspolitik und zur Nord-Süd-Politik, haben wir Fachkongresse veranstaltet. Diese Tagungen und die damit verbundene lebhaft diskutierte Diskussion in der Partei haben dazu geführt, daß der Parteitag in Hamburg Beschlüsse fassen konnte, die die Sozialdemokraten als eine in der Regierungsverantwortung gereifte Partei ausgewiesen haben.

Zum Jahresbeginn hatte ich gesagt, die SPD werde zum Jahresende besser dastehen als manche glaubten und viele hofften. Ich brauche mich nicht zu korrigieren. Das ist umso wichtiger, als uns ein schweres Jahr bevorsteht: Ob in Japan, Indien, Afrika oder Amerika: Die Weltwirtschaft ist nicht im Gleichgewicht, Patentrezep- te sind nicht zu sehen, eine Reihe internationaler Krisen sind ungelöst: Unser Land wird eine starke SPD brauchen mit der Fähigkeit zu geschlossenem Handeln, damit unsere Regierung die notwendigen Entscheidungen treffen kann. (12.12.1977/bgy/ja)

Bayern vor einem Wahljahr

62 Prozent für die CSU sind eine Gefahr für die Demokratie

Von Dr. Helmut Rothenmund MdL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der bayerischen SPD

Seit 20 Jahren - 1957 zerbrach die Viererkoalition - stellt die CSU ununterbrochen die Regierung in Bayern. Die Folge: Sie hat diesen Staat inzwischen total in Besitz genommen. Heute ist die CSU mit 62 Prozent der Zweidrittel-Mehrheit und damit der verfassungsändernden Mehrheit sehr nahe. 64 SPD-Landtagsabgeordneten steht eine nie gekannte Übermacht der CSU gegenüber.

Das ist die Ausgangsposition, in der sich die bayerischen Sozialdemokraten vor der Kommunal- und Landtagswahl im nächsten Jahr befinden.

Wir haben deshalb eine besondere Aufgabe, die uns auch die Gesamtpartei nicht abnehmen, sondern allenfalls erleichtern kann. Die Auseinandersetzung mit der CSU muß vor allem in Bayern und von uns selbst geführt werden. Sie muß so geführt werden, daß wir der CSU nicht ein Terrain überlassen, das ihr nicht zukommt. Die CSU ist nicht die bayerische Partei, für die sie sich ausgibt.

Der Versuch von Kreuth, über Bayern hinauszugreifen, ist deshalb auch kein Zufall. Die CSU ist vielmehr die rechtskonservative, ja sogar ultrakonservative Partei des Bundesgebietes, die sich mit der CDU nicht nur über die Fragen der Taktik, sondern auch Fragen inhaltlicher Art zutiefst zerstritten hat.

Ihr weiterhin die Symbole bayerischer Staatlichkeit unangefochten zu überlassen, wäre nicht nur ein Fehler, sondern eine politisch nicht zu verantwortende Dummheit. Dies hat nichts damit zu tun, daß wir bayerischen Sozialdemokraten nicht ein Teil dieser großen deutschen Sozialdemokratie sind. Wir sind keine Separatisten, aber wir bekennen uns zu diesem Land, das wir lieben und zu der Aufgabe, die wir zu erfüllen haben.

Die bayerische SPD wird deshalb nicht schweigen. Im Gegenteil: Sie wird nicht müde werden dürfen, die Arroganz, den Hochmut und Machtmißbrauch sowie die Pfründewirtschaft der CSU anzuprangern. Denn unsere Chance liegt in der Öffentlichkeit. Ich bin überzeugt, daß allzu viele nicht wissen, was in Bayern vorgeht. Ich bin sicher, daß es das Rechtsgefühl vieler verletzt, wenn sie erfahren, in welcher Weise manche Dinge behandelt werden.

Eine Partei, die über 62 Prozent der Stimmen verfügt und diese Macht rigoros ausnützt, kann von dem hohen Roß, auf dem sie sitzt, nur heruntergebracht werden, wenn der Machtwechsel in den Bereich des Möglichen rückt.

Die CSU wieder auf ein Normalmaß zu reduzieren, hat dabei nicht mehr eine parteipolitische, sondern auch eine staatspolitische Bedeutung, ja dies wird zu einer Frage des Funktionierens unserer Demokratie.

Freiheit hat schließlich in Bayern Tradition. Diese Freiheit sowie den bayerischen Grundsatz "Leben und leben lassen" werden wir in einer harten Auseinandersetzung mit der CSU und ihrem Landesvorsitzenden Strauß verteidigen bzw. zurückgewinnen. Dabei steht fest: Bayern braucht Strauß nicht. Dieser Herr Strauß ist jedoch willens, für seine ehrgeizigen Ziele Bayern zu mißbrauchen.

(-/27.12.1977/ks/ja)

Wort gehalten

Deutsche Sportjugend kann 1978 mit höheren Zuwendungen rechnen

Von Heinrich Klein (Dieburg) MdB

Mitglied des Sportausschusses des Deutschen Bundestages

Die Beharrlichkeit, mit der Vertreter der Deutschen Sportjugend und Sportpolitiker aller Bundestagsparteien in den letzten Monaten am Werke waren, hat sich gelohnt. Im Bundeshaushalt 1978 werden für die Förderung der Deutschen Sportjugend 200.000 DM mehr bereitstehen als dies in den Vorjahren möglich war. Auch wenn die Auszahlung dieses Betrages an Bedingungen geknüpft sein wird - es müssen Kriterien gefunden werden, die eine objektive Bewertung der Aktivitäten ermöglichen -, so zweifelt doch niemand daran, daß die Arbeit der Sportjugend im neuen Jahre finanziell besser abgesichert sein wird als bisher.

Die Deutsche Sportjugend fühlte sich schlechter gefördert als andere Jugendorganisationen, die dem Bundesjugendring angehören. Viele Aktivitäten dieser mitgliederstarken Organisation - beispielsweise Begegnungen mit ausländischen Sportfreunden - konnten finanziell nicht so unterstützt werden, wie dies von den Veranstaltern erwartet worden war. Die Wünsche der Sportjugend fanden Interesse bei Sportpolitikern aller politischen Gruppierungen, ohne daß jedoch von heute auf morgen etwas geändert werden konnte.

Mit der Beharrlichkeit, die einem früheren Rekordinhaber eigen sein mag, hat Friedel Schirmer, Obmann der SPD-Fraktion im Sportausschuß, immer wieder die Anliegen der Sportjugend interpretiert und sich für eine zeitgerechte Unterstützung eingesetzt. Hierzu zählte auch die von den Koalitionsfraktionen eingebrachte und im Sportausschuß einvernehmlich gebilligte Entschliessung, nach der die Deutsche Sportjugend einen wesentlichen Beitrag zur Erziehung und Bildung junger Menschen leistet. Auch Aktivitäten im Bereich der politischen Bildung sowie bei zahlreichen internationalen Jugendbegegnungen können - so die Entschliessung - als persönlichkeitsprägend und zum Heranführen an die Mitarbeit in Gemeinschaften gewertet werden. Aus diesem Grunde sei es auch erforderlich, die Deutsche Sportjugend durch öffentliche Mittel so zu fördern, wie dies für vergleichbare Aktivitäten anderer Gruppen gelten kann.

Diesen berechtigten Wünschen konnte jetzt mit weiteren 200.000 DM, die zweckgebunden bereitgestellt werden sollen, Rechnung getragen werden. Die Koalitionsfraktionen setzen mit dieser Entscheidung die bewährte Linie ihrer Sportpolitik fort, die vor allem seit Anfang dieses Jahrzehnts klar erkennbar ist. Die Sportförderungsmittel wurden seit 1970 Jahr für Jahr ausgeweitet. Mit erheblicher Unterstützung Bonn's wurden Bundesleistungszentren geschaffen und die Sportstätten für die Olympischen Spiele 1972 in München und Kiel errichtet. Die gerechtere Förderung der Deutschen Sportjugend von 1978 an ist nur die konsequente Fortsetzung einer klaren Linie in der Sportpolitik.

Die Förderung des Deutschen Sports und die Unterstützung der Sportjugend liegt bei den Sozialdemokraten in guten Händen.
(-/27.12.1977/ks/ja)